Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 301. | Dresden, Dienstag den 30. Dezember 1913. | 24. Jahrg.

Der Lebensmittelwucher und die Gesamtheit.

gh. Professor Lugo Brentano, der verdienstvolle Gelehrte in München, hat in diesen Tagen eine bezeichnende Auseinandersetzung mit Professor Karl Diehl in Freiburg i. B. gehabt, der den Getreidezoll mit der Behauptung zu rechtfertigen suchte: der Getreidezoll erhalte breiten Bevölkerungsschichten die Möglichkeit landwirtschaftlicher Tätigkeit, und das sei die Voraussetzung für eine günstige Entwicklung der Gesamtheit. Demgegenüber weist Professor Brentano in der Frankfurter Zeitung nach, daß der Getreidezoll im besten Falle nur 14,1 Prozent der Gesamtbevölkerung im Reiche einen Vorteil bringe, dagegen alle, die Getreide oder Erzeugnisse aus Getreide kaufen, also die große Mehrheit der Bevölkerung mit einer Mehrausgabe von 900 Millionen Mark jährlich belastet. Für eine günstige Entwicklung der Gesamtheit sei aber notwendig, daß alle Volksgenossen ihre Bedürfnisse mit dem geringsten Aufwand möglichst vollkommen befriedigen können. Daher steht der Getreidezoll in Wahrheit im Widerspruch mit den Voraussetzungen für eine segensreiche Entwicklung der Gesamtheit.

Selbst wer den Ausführungen des Professors Brentano in allen Punkten zustimmen müßte, kann aber darüber nicht im Zweifel sein, daß solche Beweise die Nutznießer des Getreidezolls auch nicht im geringsten von ihrer Forderung eines möglichst hohen Getreidezolls abbringen wird. Die Agrarier betrachten sich — so unglaublich es uns klingen mag — als ein sehr nützliches Glied der Gesamtheit. Daher erscheint ihnen als die erste Voraussetzung für das Wohl der Gesamtheit, daß es ihnen selbst möglichst gut geht und sie dadurch imstande sind, ihre wichtigen Aufgaben im Dienste der Gesamtheit zu erfüllen. Hat der Agrarier Geld, hat's die ganze Welt: wie oft haben die Lebensmittelwucherer dieses „modernisierte" Wort uns entgegengehalten. Sie erbieten sich gnädigst, der Industrie um so mehr Waren abzukaufen, ihr einen um so günstigeren Markt im eigenen Lande zu schaffen, je höher sie den Getreidezoll hinaufschrauben können. Und nicht allein sie selbst wollen sich so als Käufer für die Industrie opfern — nein, sie wollen auch „dereinst" ihre Arbeiter besser bezahlen, und dann werden auch die landwirtschaftlichen Arbeiter als gute Kunden der Industrie auf den Markt eilen. Dazu kommen die unendlichen Verdienste der Agrarier um den Staat als solchen. Ihm stellen sie im Frieden die — zuverlässigsten, vornehmsten Beamten und für den Krieg die schneidigsten, ehrenhaftesten Offiziere, deren Heldentaten wir ja soeben in Jahren bewundern konnten.

Daß dies kein Scherz, sondern bitterer Ernst ist, zeigt uns ja die Versicherung des bekannten früheren Ministers, der sich für eine staatsmännische Leuchte ersten Ranges hält: er wisse sehr gut, wie sehr die Lebensmittelzölle die große Masse des arbeitenden Volkes belasten, aber trotzdem seien die Lebensmittelzölle unentbehrlich, damit unsere Großgrundbesitzer auch ferner unser Heer mit Offizieren versorgten. Wenn so ein Mann wie Graf v. Posadowsky denkt, welche Vorstellung von ihrem eigenen Werte werden erst die gewöhnlichen Agrarier haben! Diese Vorstellung ist für sie Beweis genug, daß die Lebensmittelzölle nicht nur ihre Tasche füllen, sondern auch aufs beste dem Wohle der Gesamtheit dienen; und Männer wie Prof. Brentano reden eine für sie unverständliche Sprache.

Diese Art zu urteilen ist jedoch nicht nur den Agrariern eigentümlich. Nein, die große Masse der Menschen überhaupt betrachtet die Welt von dem Standpunkte aus, den jedem Einzelnen sein eigener Vorteil zuweist. Daher sehen wir jeden Menschen für seinen eigenen Vorteil eintreten in der Ueberzeugung, daß er nur sein gutes Recht verlangt. Daher scheidet sich die Bevölkerung in Klassen und Gruppen, die den Vorteil ihrer Zugehörigen gegen die andere Klasse und die anderen Gruppen vertreten. Jede dieser Klassen und jede dieser Gruppen behauptet mit derselben Zuversichtlichkeit, daß ihre Forderungen auch den Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung der Gesamtheit entsprechen.

So wie es jetzt ist, war es seit jeher. Selbstverständlich hat jede Zeit ihre besondere Gliederung der Bevölkerung und jede Klasse und Gruppe ihre aus den Zeitverhältnissen erwachsenen besonderen Forderungen. Aber stets betrachteten sich die Gruppen, die den Kampf für ihre Forderungen führten, zugleich als die Vorkämpferinnen für das Wohl der Gesamtheit. Die herrschende Klasse glaubt immer an die Notwendigkeit und Nützlichkeit ihrer Herrschaft, auch wenn diese Zeit schon längst vorüber ist. Sie hofft immer, daß die Sündflut erst später kommt, auch wenn ihr das Wasser bereits am Halse steht. Sie will es und kann es nicht einsehen, daß ihre Herrschaft unhaltbar ist, auch wenn ihre Herrschaft schon längst aus einer Wohltat zur Plage, aus Vernunft zum Unsinn geworden ist. Die aufstrebende Gruppe dagegen wird das, worunter sie leidet, als unerträglich empfinden und deshalb mit ihren Forderungen der Entwicklung vorauseilen.

Entscheidend konnte und kann stets schließlich nur die — Macht sein. Trotz aller schönen Versicherungen der herrschenden Klasse über ihre Verdienste um die Gesamtheit muß die Zahl ihrer Gegner um so größer werden, je mehr ihre Herrschaft die günstige Entwicklung der Gesamtheit hemmt, je weitere Kreise der Bevölkerung durch sie geschädigt werden. Ueber kurz oder lang muß sie die große Masse des Volkes gegen sich haben, und dann genügt ein verhältnismäßig geringfügiger Anlaß, um den Zusammenbruch der bisherigen Herrschaft herbeizuführen und der aufstrebenden Gruppe den vollen Sieg zu verschaffen.

So ist auch jetzt das Verhältnis der Lebensmittelwucherer zur Gesamtheit. Die große Masse des arbeitenden Volkes empfindet um so mehr die schweren Schäden des Zollwuchers, je länger diese Wirtschaft sich hinzieht. Das Heer ihrer Gegner wächst immer mehr an unter der Führung der Sozialdemokratie, die den Kampf deshalb am entschiedensten führt, weil sie ihn nicht nur gegen die Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch die Agrarier, sondern gegen jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgenommen hat. Daher ist die unaufhaltbare Erstarkung der Sozialdemokratie die sicherste Gewähr dafür, daß die große Masse des arbeitenden Volkes schließlich auch ein Ende mit dem Lebensmittelwucher machen wird. Je mehr Aufklärung über die schädlichen Folgen des Zollwuchers wir schaffen — und dabei können uns die dankenswerten Leistungen der Männer wie Professor Brentano manchen guten Dienst leisten —, je schneller die Sozialdemokratie erstarkt, um so früher werden wir unser Ziel erreichen.

Das Ausland im Jahre 1913.

Die französische Politik im Jahre 1913.

Von unserem Korrespondenten.

gr. Paris, 28. Dezember.

Dem Rhythmus der internationalen Vorgänge im Jahre 1913 entsprechend, war die gesamte Politik Frankreichs stürmischer bewegt als die des Vorjahrs. Nachdem die gewaltige innere Spannung, die am Ende des Jahres 1912 durch die bevorstehende Präsidentenwahl erzeugt wurde, Ende Januar ihre Lösung fand in der Wahl Raymond Poincarés, gönnten sich die verschiedenen politischen Elemente nur eine sehr kurze Erholungspause. Unter den Linksradikalen wuchs der Groll über die in Versailles erlittene Niederlage; ihre Blätter führten gegen den Nachfolger Fallières eine Sprache, die den Eindruck erwecken konnte, als ob ein wahrer Sturmlauf gegen die Präsidentschaft Poincarés beginnen würde. Die Berufung Briands zum ersten Ministerpräsidenten des neuen Septennats war keineswegs geeignet, die unzufriedenen Radikalen zu beruhigen. Waren es auch nicht ganz dieselben Männer, die mit Briand weiterregierten, so blieb es doch dieselbe Politik der „Beruhigung", der „allgemeinen Versöhnung", die unter dem dreifarbigen nationalen Deckmantel ihren reaktionären Charakter zu verbergen suchte. Die bisherige Regierungspartei, die Radikal-„Sozialisten", standen der Sammelparole nichts weniger als geschlossen gegenüber. Ein großer Teil von ihnen marschierte mit Briand, wie er in Versailles mit Poincaré marschiert war, von dem man deshalb auch nicht ohne weiteres sagen kann, daß er der „Erwählte der Reaktion" sei, obschon in der Tat die Reaktionäre aller Schattierungen, selbst die der antirepublikanischen, für ihn stimmten. Für die Sozialisten, die schon in Versailles durch die Aufrechterhaltung der Kandidatur des Genossen Vaillant im zweiten Wahlgang zeigten, daß sie zur einen Hälfte der republikanisch-radikalen Armee ebensowenig Vertrauen hatten als zur andern, bestand kein Grund, Poincaré schärfer zu bekämpfen als seine Vorgänger im Elisee-Palast, so lange der neue Präsident sich keine reaktionären Handlungen zuschulden kommen ließ.

Allerdings dauerte es nicht lange, bis sich die Folgen der Poincaréschen Präsidentschaft bemerkbar machten. Die überraschend frühe Einbringung der Vorlage zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit als Antwort auf die gewaltige Heeresverstärkung Deutschlands wurde von niemand auf die Initiative des Ministerpräsidenten Briand zurückgeführt; alle Welt machte Poincaré verantwortlich, und mit Recht. Von diesem Augenblick an traten die Sozialisten in eine außerordentlich hartnäckige Opposition zur Elisee-Politik. Aristide Briand fühlte, daß seine sozialistische Vergangenheit ihm mehr als je das Handwerk erschweren würde, wenn er selbst versuchen wollte, die dreijährige Dienstzeit zur Annahme zu bringen. Er suchte einen ehrenvoll-republikanischen Tod, in der sicheren Ueberzeugung, später eine um so schönere Auferstehung zu feiern: und er fand ihn im Senat, als er sich, entgegen seinen sonstigen Gewohnheiten, bei der Diskussion über den Proporz jedem Kompromiß feindlich gesinnt zeigte und die Abstimmung der Mehrheit des Senats gegen die von der Kammer geforderte Wahlreform mit seiner Demission beantwortete ... Die Radikalen jubelten. Aber ihre Freude war von kürzester Dauer. Poincaré ließ sich nicht irre machen. Die Tatsache, daß man seinen ersten Ministerpräsidenten nur einen Monat am Ruder gelassen hatte, traf ihn zweifellos mit — und seine Politik. Trotzdem berief er wieder einen Politiker, den die Radikalen als einen Feind betrachteten, Louis Barthou, der im Briandschen Ministerium die Justiz verwaltet hatte. „Keinen Tag werden wir ihn dulden," schrie die radikale Presse; und in der Tat fand das neue Ministerium, als es sich Ende März der Kammer vorstellte, eine so schwache Mehrheit, daß es lebensunfähig erschien. Die Sozialisten, deren Nationalkongreß in Brest abgebrochen wurde, um der Fraktion zu erlauben, dem entscheidenden Votum beizuwohnen, stimmten geschlossen gegen das Ministerium, während das ganze Zentrum und der größte Teil der Rechten sich zu den Regierungstruppen schlugen.

Aber Barthou zeigte von der ersten Stunde an die verführerischen Gaben eines schlauen Taktikers und eines skrupellosen Politikers: Die Umstände waren der nationalen Phrase günstig. Die deutsche Aufrüstung hatte selbst in den friedensfreundlichsten Kreisen eine starke Beunruhigung hervorgerufen, die von der chauvinistischen Presse in einer Weise ausgebeutet wurde, die vor keiner Lüge, keiner Uebertreibung zurückschreckte. Die sozialistische Partei kämpfte mit allen ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen und nichtparlamentarischen Mitteln dagegen an. Die Sprache der chauvinistischen Presse Deutschlands erleichterte ihr die Propaganda nicht; der maßlose Dünkel, die sinnlose Brutalität, mit der eine ganze Anzahl deutscher Blätter über Frankreichs Bemühungen, mit Deutschland militärisch gleichen Schritt zu halten, spotteten, die Reden, die Bethmann Hollweg im Reichstag hielt, von denen ein französisches Blatt, der „Rappel", einmal mit berechtigter Ironie sagen durfte: „Um für den Frieden einzutreten, hat der Reichskanzler drei Stunden über den Krieg gesprochen" —, die Grenzzwischenfälle, die rasch hintereinander folgten (die Landung des Zeppelin in Lüneville, der ein „warmherziger Dankaustausch" folgte, die Schlägerei in Nancy, die ein wüstes Gezänk zwischen den Patrioten beider Länder hervorrief, das Ueberfliegen der Grenze durch deutsche Aeroplane): das alles schwängerte die Atmosphäre mit einer Nervosität, die einem Ministerium, das sie ebenso zielsicher zu dirigieren verstand, als es sich nach ihr zu richten wußte, das Bestehen sicherte; und Barthous Anpassungsfähigkeit und Ausbeutungstalente wurden durch keinerlei demokratische Bedenken gehemmt. Ein wahres Glockenspiel der „nationalen Notwendigkeiten" hatte er sich geschaffen, wobei er vorsichtig genug war, die allzuschrillen Töne peinlich zu vermeiden.

Die militärische und politische Reaktion Deutschlands bildete das stärkste Argument Barthous zugunsten der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit.

Die großen Soldatenmanifestationen, die Ende Mai in einer Anzahl französischer Garnisonen stattfanden und die sich in erster Linie gegen den Beschluß richteten, die Klasse 1912 noch ein Jahr länger in der Kaserne zu behalten, vermochten die Regierung nicht zu bewegen, einen andern Weg einzuschlagen: dagegen verschafften sie Barthou eine Gelegenheit, seinem reaktionären Willen unvorsichtiger Ausdruck zu verleihen als je, er ließ Massenverhaftungen von Gewerkschaftsführern vornehmen, beschuldigte die Gewerkschaftszentrale, die C. G. T., ein Komplott gegen die militärische Disziplin geschmiedet und ausgeführt zu haben, und drohte ihr mit der Auflösung, was selbst Clemenceau und Briand nie gewagt hatten. Die Sozialisten veranstalteten im ganzen Land Protestaktionen. In der Kammer hielt Jaurès Mitte Juni seine große, siebenstündige Rede gegen die dreijährige Dienstzeit und gegen die Barthousche Politik. Auch dieser gewaltige Appell, der zu den unvergänglichen Meisterwerken parlamentarischer Redekunst gehört, war dem Willen der Mehrheit gegenüber ohnmächtig, die zu allem, was Barthou wollte und tat, „Ja und Amen" rief. Und so gelangte schließlich die Verlängerung der Dienstzeit in der Kammer und im Senat zur Annahme. Allerdings waren es nur offiziell „drei Jahre", in Wirklichkeit wurde eine Dienstzeit von 32 Monaten eingeführt, da vier Monate Urlaub obligatorisch sind. Mit den Sozialisten hatten über hundert Linksradikale dagegen gestimmt ... Barthou wurde von der Reaktion ohne Einschränkung gefeiert, die in seiner ganzen Politik die Garantie für eine „endgültige Niederlage des demokratischen Gedankens" erblickte.

Seitdem die Monarchisten und Klerikalen in Versailles für Poincaré gestimmt hatten, seitdem Barthou den ehemaligen Führer der Progressisten, Thierry, zum Minister der öffentlichen Arbeiten gemacht hatte, obschon dessen Fraktion jahrelang nicht einmal zur republikanischen Mehrheit gerechnet worden war, formulierten die Feinde der Demokratie und des sozialen Fortschritts ihre Forderungen immer kühner. Es genügte ihnen nicht, daß sie auf dem Gebiet des Militarismus einen vollen Sieg davongetragen hatten. Als es galt, die Rechnung zu bezahlen, wollten sie ebenfalls ihren Prinzipien zum Triumph verhelfen. Ende Juli hatte der Ministerpräsident Barthou, in die Enge gedrängt durch die Fragen der Sozialisten, das Versprechen abgegeben, die Unkosten, die durch die Militärvorlagen entstehen würden, durch die Einkommensteuer decken zu wollen. Als er jedoch im Herbst wieder vor die Kammer trat, hatten die Einflüsse der Hochfinanz ihre Wirkung getan: An Stelle der Einkommensteuer schlug er eine Anleihe von anderthalb Milliarden, die Steuerimmunität der neuen Staatsrente und etwa siebenhundert Millionen Steuern „alten Stils" vor. Die Treue, die er damit den reichsten Klassen zeigte, der Bruch seines gegebenen Wortes, kostete ihn die Herrschaft ... Die Linksradikalen standen ihm nicht mehr so zersplittert gegenüber, wie in der vorigen Session. Auf dem Kongreß, den sie im Oktober in Pau abgehalten hatten, war es ihnen gelungen, sich mit Caillaux einen energischen Präsidenten zu geben und eine gewisse Einigung unter den Mitgliedern herbeizuführen. Die Reaktion machte sich über diese Bemühungen lustig; aber das Lachen verging ihr, als Anfang Dezember Barthou in der Kammer gestürzt wurde — und damit all die schönen Träume der Gemäßigten und der Rechten zunichte wurden. Zwar versuchte Poincaré einen kleinen „Staatsstreich" durchzuführen, indem er zuerst, allen parlamentarischen Traditionen zuwider, nicht die Führer jener bürgerlichen Fraktionen, die Barthou gestürzt hatten, mit der Neubildung des Kabinetts beauftragte; aber an dem Widerstand der „geeinigten Radikalen", irgendeinen Posten in einem Ministerium anzunehmen, dessen Präsidium

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19131230/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG